



**Finanzgruppe**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

## Statement

des Präsidenten des  
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

**Helmut Schleweis**

anlässlich der Pressekonferenz „Weltspartag 2022“  
des DSGVO  
am 25. Oktober 2022 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich Willkommen zu unserer Pressekonferenz anlässlich des Weltspartags 2022. Dieser Tag fällt in eine besonders herausfordernde Zeit. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat eine globale Neuordnung begonnen. Wir müssen uns auf

- dauerhaft hohe Energiepreise,
- eine vollständige Neuordnung der globalen Wirtschafts- und Lieferbeziehungen
- und auf dauerhafte geopolitische Spannungen und zunehmende Konflikte um wichtige Rohstoffe einstellen.

Die Null-COVID-Strategie in China stellt eine zusätzliche Belastung der globalen Lieferketten dar. In der Folge stehen wir vor der größten Belastungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland als energieintensive und exportorientierte Volkswirtschaft ist davon besonders betroffen. Unser Wohlstand muss jetzt aktiv verteidigt und zum Teil neu erarbeitet werden. Dazu sind grundlegende Veränderungen notwendig. Diese Anpassungsphase wird mit zwischenzeitlichen Wohlstandsverlusten einhergehen. Darauf müssen sich alle Verbraucher und Sparerinnen einstellen.

Seit 17 Jahren dient das Vermögensbarometer als Gradmesser für die finanzielle Stimmung in Deutschland. Dessen wichtigste Aussagen finden Sie in einer Zusammenstellung der Kernaussagen. Ich werde auf einige dieser Punkte gleich näher eingehen.

Bei der Einordnung sind mir vor allem drei Punkte sehr wichtig:

Erstens: Die stark steigende Inflation verlangt ein entschlossenes Gegensteuern der EZB. Die Zinsen werden schnell und sprunghaft steigen.

Zweitens: Mit den staatlichen Soforthilfen kann nur begrenzt Zeit gekauft werden. Wir alle müssen uns möglichst rasch durch eine echte Energiewende von zu hohen Energiepreisen unabhängig machen.

Und drittens: Die Baupreise werden dauerhaft hoch bleiben. Es ist wichtig, Normalverdienern besser zu Wohneigentum zu verhelfen.

I.

Seit Jahren, meine Damen und Herren, weisen wir darauf hin, dass mit der expansiven Geldpolitik, sprich der Geldschwemme, erhebliche Schäden einhergehen. Unmittelbar nach der Finanzkrise waren ungewöhnliche geldpolitische Maßnahmen gerechtfertigt. Seit mehreren Jahren sehen wir aber vor allem negative Auswirkungen.

Die Geldflut hat zwischenzeitlich zu einer Inflation der Vermögenspreise geführt, nicht zuletzt auch der Immobilienpreise. Inzwischen zeigt sich die Inflation aber auch im allgemeinen Warenkorb und damit im Alltag der Menschen. 10 % Inflation in diesem Jahr und knapp unter 10 % im nächsten Jahr erwarten wir. Unsere Schätzungen für 2023 gehen über die der Bundesregierung hinaus. Das liegt daran, dass viele Preissteigerungen nach unserer Einschätzung noch in den Lieferketten stecken und noch nicht bei den Verbrauchern angekommen sind. Diese fortlaufende Geldentwertung hat zwei konkrete Auswirkungen – für die laufenden Ausgaben der privaten Haushalte einerseits und für das Sparverhalten andererseits. Auskommen mit dem Einkommen – das ist für die deutliche Mehrheit der deutschen Privathaushalte das Motto der nächsten drei Jahre. Dieser Druck kommt auch in der Mittelschicht an, die bisher vergleichsweise gut über die Runden gekommen ist und nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig war. Rund zwei Drittel der Befragten unseres Vermögensbarometers verzichten in ihrem Alltagsleben auf früher übliche Ausgaben. Mehr als die Hälfte will sich weiter einschränken. Rund 90 % treibt die Inflation um. Aus unserer Sicht ist deshalb jetzt ein Doppelschlag erforderlich: Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen die Energiepreise wirksam senken. Und die Geldpolitik muss die darüberhinausgehende Inflation eindämmen.

Wir halten es deshalb für richtig, dass die Bundesregierung die Deckelung der Energiepreise in den Mittelpunkt der Unterstützungsmaßnahmen gestellt hat. Wichtig ist allerdings, dass diese Entlastungen schnell bei den besonders betroffenen Privathaushalten – und auch in den energieintensiven Unternehmen – ankommen. Hier gibt es insbesondere bei der Entlastung von Mietern noch Handlungsbedarf. Und dann muss uns auch klar sein: Diese Staatshilfen sind die Erste Hilfe am Unfallort. Es wird allerdings nicht möglich sein, über längere Zeit die Energiepreise staatlich abzufedern. Deshalb brauchen wir langfristig wirksame Maßnahmen. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Der zweite Teil des Doppelschlags muss von der EZB kommen. Sie hat eine zentrale Aufgabe: Preisstabilität. Hier gibt es ganz offensichtlich dringenden Handlungsbedarf. Es ist gut, dass sich die Notenbanken weltweit zuletzt in Washington bei der IWF-Tagung darauf verständigt haben, die Inflationsbekämpfung entschlossen und gemeinsam anzugehen. Die EZB hängt hier im internationalen Vergleich noch deutlich zurück. Wir rechnen deshalb damit, dass in diesem Jahr noch mindestens zwei kräftige Zinsschritte erfolgen werden. Mit kräftig meine ich mindestens 50 Basispunkte – ich halte aber auch zwei Schritte mit 75 Basispunkten für möglich. Damit werden wir eine sehr schnelle Zinswende sehen. Sie wird zu erheblichen Belastungen der Konjunktur führen und auch die Kreditinstitute zwischenzeitlich treffen. Ich sehe aber zu kräftigen Zinserhöhungen angesichts des zu späten Handelns der EZB keine sinnvolle Alternative.

Auf diese neue Zinslandschaft müssen sich Sparer und Anleger jetzt einstellen. 54 % der Befragten wollen ihr Sparverhalten anpassen. Eine Anfang Oktober durchgeführte Nachbefragung zum Vermögensbarometer zeigt: Der Anpassungsbedarf steigt weiter. 59 % der Befragten geben nun an, ihr Sparverhalten angepasst zu haben oder dies zu planen. Eine Zunahme von 5 Prozentpunkten innerhalb von drei Monaten. Mit der – allerdings sehr schnellen - Rückkehr in normale Zinszeiten und der Bekämpfung der Inflation werden normale Spareinlagen tendenziell wieder attraktiver. Allerdings sollten sich Sparer angewöhnen, mit dem Realzins zu rechnen. Bei 10 Prozent Inflation liegt der reale Zinssatz deutlich im Minus. Das ist schlechter als in früheren Negativzinszeiten. Deshalb raten wir Anlegern auch weiterhin zu Wertpapieranlagen, vor allem zum Wertpapiersparen. Natürlich muss dort in den nächsten Monaten mit deutlichen Volatilitäten gerechnet werden. Allerdings sind derzeit die Einstiegskurse vergleichsweise niedrig, unsere Experten rechnen aber bereits im nächsten Jahr mit einer ersten Erholung der Aktienmärkte. Bei einer langfristigen Anlageperspektive kann man deshalb mit regelmäßigem Wertpapiersparen nicht viel falsch machen. Gekoppelt mit einem Tagesgeldkonto oder einer kurzfristig verfügbaren Spareinlage kann das ein sinnvoller Anlagemix sein.

## II.

Sorgen, meine Damen und Herren, bestimmen derzeit die Sicht der Menschen auf die Finanzen. Das betrifft in erster Linie die Energiekosten. Für drei Viertel aller Befragten ist das nach wie vor die wichtigste Sorge. In diesem Winter gilt deshalb: **Energiesparen ist das neue Sparen.**

Nur so ist es für die Mehrzahl der Haushalte möglich, sich selbst spürbare finanzielle Freiräume zur Finanzierung der hohen Energiekosten zu erarbeiten. Vor allem an Wärme und Warmwasser in den Haushalten muss weiter gespart werden – 20 % sind die Zielmarke, wenn wir alle unseren Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung leisten wollen. Wärme reduzieren, ohne auf Lebensqualität zu verzichten – das ist sicher der Königsweg. Deshalb sind intelligente Heizungssteuerungen wichtig, die dann automatisch die Wärme reduzieren, wenn niemand in der Wohnung ist. Bis zu 30 % Energieeinsparungen sind hier möglich. Um das zu fördern, sind die Sparkassen eine Kooperation mit tado eingegangen. Wir bieten unseren Kunden eine stark verbilligte intelligente Heizungssteuerung an. Nach einer kalten Dusche im dunklen Bad zu stehen, kann aber keine Vision für die Zukunft sein. „Aussetzen“ hilft aber auch nicht - die Energiepreise werden hoch bleiben. Wir müssen es schaffen, dauerhaft mit teurer Energie zu leben – indem wir möglichst ohne Einschränkung unserer Lebensqualität weniger davon verbrauchen. Deshalb sollte über dem Dringlichen, der akuten Krisenhilfe, nicht das Wichtige vergessen werden. Und wichtig ist, möglichst rasch eine umfassende Energiewende in die Wege zu leiten. Eine Energiewende, die uns von zu hohen Energiepreisen unabhängiger macht und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der

deutschen Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze erhält. Diese kraftvolle Energiewende sollte aus unserer Sicht folgende Bestandteile haben:

- Alle in deutscher Hand liegenden Energiequellen müssen genutzt werden, um über erhöhtes Angebot den Markt zu entlasten.
- Dauerhafte Einsparungen gehen nur über energetische Sanierungen. Hier können sehr viele in Deutschland etwas beitragen. Durch kraftvolle Förderprogramme sollte ein Schwerpunkt bei den Immobilien gesetzt werden. Ziel sollte sein, die jährliche Sanierungsquote von 1 % auf rund 2 % des Immobilienbestandes zu erhöhen.
- Wir brauchen einen deutlich ehrgeizigeren Ausbau der regenerativen Energie: mehr Photovoltaik, mehr Windenergie Offshore und Onshore - und vor allem möglichst rasch Wasserstoffproduktion am Standort regenerativer Energieerzeugungen. Dazu müssen dringend einschränkende Regulierungen abgebaut werden, etwa bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen im Wohnungsbau.
- Und vor allem: Das Höchstspannungs-Leitungsnetz muss dringend und schnell ausgebaut werden. Es gibt in Deutschland genug Strom. Wir schaffen es derzeit aber nicht, dieses Angebot dorthin zu bringen, wo Bedarf besteht.

Zu dieser kraftvollen Energiewende können alle etwas beitragen – zum Beispiel durch die energetische Sanierung eines eigenen Hauses, durch Nutzung von Photovoltaik oder durch Austausch nicht energieeffizienter Geräte. Angesichts der dauerhaft hohen Energiekosten lohnen sich in den meisten Fällen solche privaten Investitionen. Modernes Sparen kann deshalb auch darin bestehen, wirtschaftlich lohnende Investitionen in energetische Modernisierungen vorzunehmen. Die Sparkassen sind bereit, solche Maßnahmen umfassend zu finanzieren.

### III.

Damit bin ich bei meinem dritten Schwerpunkt: Wohneigentum.

In den letzten Jahren haben wir einen Boom bei Immobilienfinanzierungen erlebt. Viele Finanzierungen wurden nochmals in das erste Halbjahr 2022 vorgezogen. Das betraf vor allem Maßnahmen, die bereits planerisch weit fortgeschritten waren und kurzfristig realisiert werden können. Seit September sehen wir nun aber einen deutlichen Einbruch in den Immobilienfinanzierungen. Der Grund liegt vor allem darin, dass die Erstellungspreise aktuell kaum kalkulierbar sind. Hinzu kommen deutlich gestiegene Bauzinsen. Wir nähern uns hier der 4 %-Marke, zum Jahresende dürfte eine nochmals deutliche Steigerung hinzukommen.

Zusammen mit nach wie vor hohen Kaufpreisen und teilweise sehr hohen Grunderwerbsteuern ist der Erwerb von Wohneigentum für sehr viele Menschen in weite Ferne gerückt. Im Sommer gaben rund 30 % der Menschen zwischen 20 und 50 Jahren an, den Erwerb von Wohneigentum zu planen. Aktuell sind es nur 26 %. Von denjenigen, die keinen Erwerb planen, geht mittlerweile über die Hälfte davon aus, sich das nicht leisten zu können. 53 % nennen aktuell als wichtigsten Grund mangelndes Eigenkapital. In der Sommerbefragung waren es noch 49 % gewesen. Aus meiner Sicht dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass für eine junge Familie mit zwei Durchschnittsgehältern Wohneigentum nur schwer erschwinglich ist. Es ist deshalb richtig, sich politisch Gedanken darüber zu machen, wie durch Förderprogramme der Traum vom Wohneigentum erleichtert werden kann. Das muss unbedingt an einer Förderung des Eigenkapitals ansetzen. Senkungen oder gar Abschaffungen der Grunderwerbsteuer wären dafür ein sehr wichtiger Schritt.

Unsere Einschätzung ist: **Die energetische Sanierung ist die Baufinanzierung der nächsten Jahre.**

35% des gesamten Energiebedarfs und 40% der Treibhausgas-Emissionen entfallen auf den Bau und den Betrieb von Immobilien. Rund 30 Mio. Wohnimmobilien sind über 30 Jahre alt. Und bisher sagen nur 33 % der Eigentümer, dass ihre Immobilie energetisch saniert worden ist. Allein aus Gründen des Klimaschutzes muss jedoch die jährliche Sanierungsquote mindestens verdoppelt werden. Angesichts des Ziels schneller Energieunabhängigkeit muss das eher noch beschleunigt werden.

Meine Sorge ist, dass die Dringlichkeit dieses Themas in der Breite noch nicht angekommen ist. Aktuell sagen 79 % der Eigentümer von nicht energetisch sanierten Gebäuden, dass sie eine solche Sanierung in den nächsten Jahren auch nicht planen. In der Sommerbefragung des Vermögensbarometers waren es noch 85 %. Wir sehen also erste Fortschritte. Aber diese reichen noch nicht aus. In über der Hälfte der Ablehnungen wird mangelndes Eigenkapital genannt. Hier ist der Wert von 44 % im Sommer aktuell auf 52 % gestiegen. Wir schlagen vor, hier anzusetzen: Gezielte öffentliche Förderprogramme für energetische Sanierung von Bestandimmobilien können einen Anreiz setzen. Wir als Sparkassen können und wollen mit Krediten helfen. Denn in den meisten Fällen rechnen sich die entsprechenden Investitionen. Auf unseren Marktanteil gerechnet entfallen dabei allein bei den Sparkassen in den nächsten Jahren Kreditbedarfe in Höhe von bis zu 1 Bio. EUR. Vor diesem Hintergrund ist es absolut kontraproduktiv, dass die Aufsicht zum 1. Februar nächsten Jahres durch den antizyklischen Kapitalerhaltungspuffer und den Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienrisiken die Fähigkeiten der Kreditspielräume der Banken und Sparkassen massiv einschränken will. Allein bei den Sparkassen sind dies rund 200 Mrd. EUR. Das entspricht der Summe, die die Bundesregierung über drei Jahre in die Staatshilfen investieren will und dem Betrag, von dem

der Bundesfinanzminister sagt, dass er zur Finanzierung der Zukunftsaufgaben fehlt. Ich kann nicht erkennen, dass es eine gute Strategie wäre, die Kreditspielräume gerade dann zu verengen, wenn ein besonders großer Bedarf besteht, die Energiewende und die Energieunabhängigkeit zu finanzieren.

#### **IV.**

Meine Damen und Herren, vor uns stehen mindestens drei sehr schwierige Jahre. Die Menschen spüren das bereits heute in ihrem Geldbeutel. Das Vermögensbarometer weist das deutlich aus. Wichtig ist jetzt, dass wir durch mutige Strukturveränderungen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit den Wohlstand des ganzen Landes für die Zukunft sichern. Bezahlbare Energie ist dafür der Schlüssel.

Deshalb brauchen wir eine kraftvolle Energiewende und wirksame energetische Sanierungen. Kluges Sparen sollte darin bestehen, durch Zukunftsinvestitionen langfristig tragbare Energiepreise zu erreichen. Dafür können wir alle sinnvolle Beiträge leisten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.